

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 45. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (JHA/045/2013)

am Donnerstag, 22. August 2013,

18:00 Uhr

**im Stadtmuseum, Festsaal, 3. Etage,
Wilsdruffer Straße 2 (Eingang: Landhausstraße) , 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung:

18:00 Uhr

Ende der Sitzung:

19:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Helma Orosz

CDU-Fraktion

Monika Schiemann

Patrick Schreiber

Stefan Zinkler

Fraktion DIE LINKE.

Tilo Kießling

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Jens Hoffsommer

SPD-Fraktion

Dr. Cornelia Hähne

FDP-Fraktion

Barbara Lässig

Fraktion Bündnis Freie Bürger

Franz-Josef Fischer

stimmberechtigte Mitglieder

Anett Dahl

Dr. Dirk Jordan

Carsten Schöne

Christoph Stolte

beratende Mitglieder

Sabine Bibas

Markus Degenkolb

Christin Ehrig

Katharina Eifler

Detlef Lenk

Claus Lippmann

Martin Seidel

Stellvertretende Mitglieder

Claudia Joseit

Vertretung für Frau Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Elke Schramm

Vertretung für Herrn Thomas Dederke

Markus Steindecker

Vertretung für Herrn Thomas Pallutt

Madlen Steudtner

Vertretung für Frau Anna Korndörfer

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Melanie Hörenz

beratende Mitglieder

Thomas Dederke

Christina Koch

Anna Korndörfer

Valentina Marcenaro

Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah

Roland Wirlitsch

Thomas Wünsche

Georg Zimmermann

Verwaltung:

Frau Hipke-Schulz

Frau Puschbeck

Frau Schmidt

Frau Winter

Frau Mamedowa

Frau Haase

Geschäftsbereich Soziales, Jugendamt

Geschäftsbereich Soziales, Jugendamt

Geschäftsbereich Soziales, Jugendamt

Geschäftsbereich Soziales, Jugendamt

Geschäftsbereich Soziales, Jugendamt

Geschäftsbereich Soziales

Gäste:

Herr Deyweiher

Frau Wesener

Herr Engel

Frau Jonns

Frau Thiele

Herr Weckbrodt

Treberhilfe Dresden e. V.

Unternehmen Kultur gGmbH

P. I. Z.

Studentin Soziale Arbeit

Outlaw gGmbH

DNN

Schriftführer/-in:

Frau Splett

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Informationen/Fragestunde
- 2 Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden im Unterausschuss "Kindertagesbetreuung"
- 3 Verfahren zur Umsetzung des Teilfachplans für die Leistungsbereiche "Kinder-, Jugend- und Familienarbeit" und "Andere Aufgaben/Jugendgerichtshilfe" (§§ 11 bis 14, 16 und 52 SGB VIII i. V. m. JGG) für den Zeitraum 2013 bis 2016 **V2402/13
beschließend**
- 4 Aktualisierung der Mustervereinbarungen zur Umsetzung der §§ 8a, 72a SGB VIII **V2406/13
beschließend**
- 5 Berichte aus den Unterausschüssen

Nicht öffentlich

- 6 Informationen

öffentlich

Frau Oberbürgermeisterin Orosz begrüßt die Mitglieder sowie Gäste zur 45. Sitzung des Jugendhilfeausschusses. Sie stellt die form- und fristgemäße Ladung fest.

Die Tagesordnung wird durch die Mitglieder bestätigt.

1 Informationen/Fragestunde

Frau Oberbürgermeisterin Orosz informiert kurz über den aktuellen Stand zum Thema „Beanstandung Satzung Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen durch die Landesdirektion“. Den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses wird noch der Bescheid der Landesdirektion zur Kenntnis zugehen.

Zu den schriftlich eingereichten Fragen von Herrn Schöne verweist **Frau Bibas** auf das ausgereichte Schreiben von Herrn Seidel sowie die Sitzung des nächsten Unterausschusses Kindertageseinrichtungen.

Zur Zeitschiene Kindertageseinrichtung Dahlienheim informiert sie, dass nun noch einige Nacharbeiten nach einem abgestimmten Zeitplan erfolgen werden und anschließend die endgültige Erlaubnis gegeben werden kann.

Weiterhin erläutert sie zur Kindertageseinrichtung Schönfeld-Weißig, dass Herr Behr die Anforderung bekommen habe, gegenüber dem Umweltamt einen Nachweis bis 23. August 2013 zu erbringen, dass keine Asbestbelastung vorliege. Man habe aus diesen Gründen das Haus bisher nicht abgenommen; die Eltern wurden durch den Träger informiert. Die Eröffnung ist bisher für den 16. September 2013 geplant.

Herr Stadtrat Kießling ist der Meinung, dass das Thema „Umsetzung der Richtlinie Bildungschancen in Kindertageseinrichtungen“ (Fragen Herr Schöne) in öffentlicher Sitzung beraten werden müsse.

Weiterhin fragt er nach den Ausschreibungen zu pädagogischem Hilfspersonal, von welchen er gehört habe. Er möchte wissen, ob es bereits Bewerbungsgespräche gebe.

Außerdem möchte er eine Stellungnahme zu den Vorwürfen bezüglich der Vermittlungs- und Beratungsstellen der Tagespflege von Herrn Stadtrat Stübner.

Frau Bibas informiert, dass man analog zu den Trägern Sachkosten zur Verfügung habe, welche auf die Kindertageseinrichtungen aufgeteilt worden seien. Mit diesen Mitteln könne man Muttersprachler oder auch zusätzlich unterstützendes Personal befristet für das Haushaltsjahr einstellen. Es gebe hier Ausschreibungen.

Weiterhin informiert sie, dass man die Vorwürfe von Herrn Stübner zur Kenntnis nehme; könne diese jedoch nicht nachvollziehen. Man habe in der letzten Zeit sehr viele Kindertageseinrichtungen eröffnet und damit Plätze geschaffen. Weiterhin verschiebe sich die Platzanzahl ständig durch Überschreitung von Altersgrenzen der Kinder (1 Jahr bzw. 3 Jahre). Man müsse den Wunsch der Eltern respektieren, wenn diese als Wunschrichtung keine Tagespflegepersonen angeben. Diese Prioritätenliste ist strikt abzuarbeiten.

Herr Degenkolb fragt nach dem Konzept zur Unterbringung von Asylsuchenden. Er habe die Information, dass das Sozialamt gemeinsam mit der Fach-AG nicht mehr an diesem Konzept arbeiten werde, da ein entsprechender Antrag im Stadtrat abgelehnt worden sei.

Herr Bürgermeister Seidel bestätigt, dass es eine Ablehnung zu einem Stadtratsantrag gegeben habe. Dies habe allerdings nichts mit der Fortführung der Arbeit an der Konzeption zu tun. Diese werde weitergehen.

Zu den Erziehungsberatungsstellen informiert **Herr Lippmann**, dass die Verträge alle bis zum Jahresende 2014 abgeschlossen seien.

Weiterhin informiert er den Jugendhilfeausschuss, dass das Betreuungsgeld im Sachgebiet Elterngeld angesiedelt worden ist. Die Personalsituation sei angespannt; grundsätzlich jedoch zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und dem Freistaat geklärt. Der Freistaat werde demnach die Finanzierung des ständigen Personales übernehmen. Details werden noch geklärt.

Zur Förderung 2014 bittet er die Träger die Anträge rechtzeitig einzureichen. Bewerbungsschluss sei der 31. August 2013.

Zum Thema Förderung fragt **Herr Stadtrat Hoffsommer**, ob Träger, welche 2013 einen Antrag auf Mehrjährigkeit gestellt, jedoch lediglich einen Bescheid für 2013 erhalten haben, nun erneut einen Antrag einreichen müssen oder ob diese für 2014 weiterhin Bestand habe und lediglich die Zahlen aktualisiert werden müssten. Er sei der Meinung, dass der Antrag für 2014 formal gestellt sei.

Herr Lippmann informiert, dass man für 2014 nochmals ein einjähriges Verfahren haben werde. Bezüglich Leistungsbeschreibungen sowie Konzeptionen müssten nur Änderungen eingereicht werden; sonst ist ein Verweis ausreichend.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz geht davon aus, dass eine Mehrjährigkeit für 2015/2016 möglich sei und angestrebt werde.

Darüber könne man sich im nächsten Jahr austauschen. Dies sei sicher möglich, so **Herr Lippmann**.

Herr Stadtrat Hoffsommer sowie Herr Stadtrat Kießling verweisen auf die Beschlusslage, welche eine Mehrjährigkeit vorsehe. Dies solle angewandt werden. Es sei allerdings gut, dies parallel zum Doppelhaushalt zu bescheiden.

Auf die Information Nummer 8 verweisend stellt **Frau Dahl** klar, dass das Angebot Jugendtreff Langebrück nicht geschlossen sei. Es werde lediglich die Ausrichtung umgestellt.

Auf die Frage von Herrn Schöne zum Stand von eKita informiert **Frau Bibas**, dass Herr Prof. Dr. Breidung derzeit Unterlagen zusammenstelle. Es gebe noch keine abschließende Stellungnahme des Sächsischen Datenschutzbeauftragten, jedoch liege eine Teilstellungnahme vor.

2 Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden im Unterausschuss "Kindertagesbetreuung"

Herr Schreiber widerspricht dem Einigungsverfahren. Es findet eine Wahl statt.

Nach Diskussionen zur Gestaltung des Stimmzettels, der nur einen Kreis hinter dem einzigen Bewerber vorsieht (**Herr Schreiber** hält es für erforderlich, dass zumindest auch die Möglichkeit bestehen muss, mit "Nein" zu stimmen.) wird der Wahlgang durchgeführt. Das Rechtsamt wird gebeten, zu der rechtssicheren Gestaltung des Stimmzettels Stellung zu nehmen.

- Wahl -

Ergebnis:

Abgegebene Stimmen: 14
 leere Stimmzettel: 6
 Stimmen Herr Schöne: 8

Damit hat Herr Schöne die erforderliche Mehrheit der Anwesenden erhalten und ist als Vorsitzender gewählt.

3 Verfahren zur Umsetzung des Teilfachplans für die Leistungsbereiche "Kinder-, Jugend- und Familienarbeit" und "Andere Aufgaben/Jugendgerichtshilfe" (§§ 11 bis 14, 16 und 52 SGB VIII i. V. m. JGG) für den Zeitraum 2013 bis 2016 **V2402/13
beschließend**

Herr Lippmann stellt die Vorlage kurz vor. Anschließend erläutert **Herr Stolte** die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung und verweist auf die ausge-reichte Anlage, welche die Änderungen gut hervorheben. Weiterhin bringen **Herr Schöne** sowie **Frau Dahl** jeweils einen Ergänzungsantrag ein.

Herr Stadtrat Hoffsommer möchte die 18 geplanten Planungskonferenzen nicht unbedingt vergleichen, sondern erkennen, was die Leute vor Ort bewege. So müsse man die Konferenzen individuell mit unterschiedlichen Themen und daraus resultierenden unterschiedlichen Ergebnissen gestalten. Auch bei der Evaluierung wisse er nicht, wie Rahmenbedingungen weiterhelfen könnten.

Auch **Herr Schreiber** möchte keine Erstellung eines Konzeptes der Verwaltung, welches wieder starre Formalien zum Ablauf der Konferenzen beinhalte und Ressourcen binde. Es müsse ein miteinander sein und er könne Herrn Stadtrat Hoffsommer zustimmen.

Herr Schöne erklärt, dass er Rahmenbedingungen für die Arbeit der Planungskonferenzen klar und verbindlich gestalten möchte, da hier für die Träger Unsicherheiten bestehen. Es solle für alle Beteiligten erkennbar sei, in welche Richtung es gehe und was zu tun sein.

Das Anliegen könne **Herr Lippmann** verstehen. Man habe mit der Struktur der Konferenzen/Steuergruppe und der Zusammensetzung öffentliche und freie Träger eine gewisse Sicherheit geschaffen, da die Träger unmittelbar bei der Beratung beteiligt sind. Zu den Rahmenbedingungen meint er, dass man bezüglich der Rahmenbedingungen unter anderem vereinbart habe, dass es regelmäßige Zwischeninformationen geben werde.

Herr Stadtrat Kießling zitiert Punkt 4, Absatz 3, Satz 3 der Anlage. Hier sei der Antrag von Herrn Schöne beinhaltet; dies sei bereits ein Auftrag. Er interpretiere, dass hier die Verwaltung Festlegungen treffen werde, nicht die Steuerungsgruppe. Demnach sei der Antrag von Herrn Schöne keine zusätzliche Aufgabe.

Frau Dr. Hähne befürwortet ebenfalls den Antrag von Herrn Schöne. Die Ergänzung bringe Klarheit für die Träger.

Herr Stolte stimmt zu und geht davon aus, dass die Verwaltung einen Teil der Arbeit übernehmen werde und in die Steuerungsgruppe Vorschläge einbringen werde. Weiterhin ist in der Zeitschiene bereits eine Zwischeninformation des Jugendhilfeausschusses aufgeführt. Er schlägt vor, dass man in der Zeitschiene die Information an den Jugendhilfeausschuss vorziehe und damit bereits die Ergebnisse aus der Steuerungsgruppe zur Kenntnis bekomme.

Herr Stadtrat Zinkler geht davon aus, dass „vorlegen“ bedeute, dass der Jugendhilfeausschuss einen Beschluss fassen solle und dies einen Zeitverzug nach sich ziehe. Man solle der Verwaltung vertrauen und nicht ein Konzept, welches Zeit und Geld koste, erstellen lassen.

Es besteht kein weiterer Diskussionsbedarf. **Frau Oberbürgermeisterin Orosz** tritt in die Abstimmung ein.

1. Der Ergänzung von Frau Dahl wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

2. Punkt 1 der Ergänzung von Herrn Schöne wird mit 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

3. Punkt 2 der Ergänzung von Herrn Schöne wird mit 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

4. Der Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung mit der Ergänzung von Frau Dahl wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt das Verfahren zur Umsetzung des Teilfachplans gemäß Anlage zur Beschlussausfertigung (mit Änderungen – Stand 22. August 2013).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

4 Aktualisierung der Mustervereinbarungen zur Umsetzung der §§ 8a, 72a SGB VIII

**V2406/13
beschließend**

Herr Lippmann führt kurz in die Vorlage ein und **Herr Stolte** berichtet aus dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung. Weiteren Redebedarf gibt es nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Orosz bringt die Beschlussempfehlung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. die Verfahrensweise zum Abschluss der Vereinbarungen zu § 72a Abs. 4 und 5 SGB VIII,
2. die Mustervereinbarung zum Verfahren gemäß § 8a Abs. 4 in Verbindung mit § 72a Abs. 1, 2, 4 und 5 SGB VIII mit der Streichung der Klammer in Nummer 4.2 „(Empfehlungen Anlagen 1 bis 3),
3. die Mustervereinbarung zum Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen gemäß § 72a Abs. 4 und 5 SGB VIII.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

5 Berichte aus den Unterausschüssen

Zu den bestehenden Unterausschüssen gibt es keine Berichte.

Herr Lippmann informiert, dass auf Grund der Einbringung der Vorlage zur Förderung der Unterausschuss Förderung seine Arbeit wieder aufnehmen werde.

Es gibt keine Informationen im nicht öffentlichen Teil. **Frau Oberbürgermeisterin Orosz** schließt die Sitzung.

Helma Orosz
Vorsitzende

Schriftführer

Fischer
Stadtrat

Schiemann
Stadträtin